

Kurswechsel in der Wohnungspolitik ist überfällig

Breites Bündnis mobilisiert für Demo #Mietenwahnsinn-Hessen

Für das Wochenende vor der hessischen Landtagswahl ruft das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen zu einer landesweiten Demonstration auf. Sie startet am Samstag, 20. Oktober, um 13 Uhr am Hauptbahnhof Frankfurt und endet am Roßmarkt. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von mehr als 30 Mieter*inneninitiativen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Studierendenvertretungen und anderen Gruppen, die für ein solidarisches Miteinander eintreten. Es fordert Bund, Länder und Kommunen zu einem radikalen Kurswechsel in der Wohnungspolitik auf: „Wohnungspolitik ist Sozialpolitik und die Versorgung mit menschenwürdigem Wohnraum darf nicht dem Markt überlassen werden“, so das Bündnis: „Profitinteressen dürfen nicht die Politik bestimmen.“

Am heutigen Dienstag haben Vertreter*innen des Bündnisses in Wiesbaden ihre Anliegen vorgestellt. Conny Petzold vom Verein Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V. berichtete, dass die steigende Mietbelastung und die Angst vor Wohnungsverlust viele Menschen in Hessen umtreiben: „In der Beratung erleben wir täglich, dass sich Mieter*innen die Mieterhöhung etwa im Zusammenhang mit Modernisierungen und steigende Betriebskosten vom Munde absparen müssen. Wir brauchen endlich hessenweit gerichtsfeste Mietspiegel und eine wirksame Mietpreisbremse. Der Mietanstieg im Bestand muss gestoppt werden, wenn Mieter/innen wirksam vor Verdrängung geschützt werden sollen.“

Dass der allgegenwärtige Mietenwahnsinn aktuell so viel öffentliche Aufmerksamkeit erhält, ist auch das Verdienst von Mieter*inneninitiativen, stadtpolitischen Gruppen und Recht auf Stadt-Aktivist*innen, die sich seit vielen Jahren gegen Spaltung und Verdrängung einsetzen. Felix Wiegand von der Kampagne „Eine Stadt für Alle! Wem gehört die ABG?“ sagte: „Bezahlbaren Wohnraum für alle gibt es nur, wenn in der Wohnungs- und Mietenpolitik ein grundlegender Kurswechsel stattfindet. Aus Erfahrung wissen wir: Ohne Druck von unten bewegt sich gar nichts.“

In den hessischen Städten und Ballungsräumen finden selbst Durchschnittsverdiener keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Geringverdiener trifft es besonders hart. Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, erklärt hierzu: "Sehenden Auges ist die schwarz-grüne Landesregierung in die wohnungspolitische Katastrophe hinein gerannt. Jetzt muss umgesteuert werden. Wir fordern mehr öffentliche Investitionen in bezahlbaren und sozialen Wohnraum und mehr Schutz für die Mieterinnen und Mieter. Eine weitere Privatisierung öffentlicher Grundstücke und Wohnungen lehnen wir ab."

Gravierende Folgen hat die Wohnungsnot auch für soziale Organisationen. „Plätze in Frauenhäusern, in Wohngruppen der Kinder- und Jugendhilfe, Betreutem Wohnen und anderen Einrichtungen bleiben belegt, weil Klient*innen zwar ausziehen könnten und möchten, aber keinen eigenen Wohnraum finden. So bleiben Plätze blockiert und Menschen mit Unterstützungsbedarf müssen abgewiesen werden“, berichtet Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbands Hessen, der unter anderem vorschlägt, die Rolle von sozialen Trägern als Vermietern zu stärken.

Um den Mietenwahnsinn zu stoppen, fordert das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen die Politik auf, den Schutz bestehender Mietverhältnisse zu gewährleisten und Verdrängung durch Modernisierung und Zwangsäumung zu stoppen. Zudem muss der Kündigungsschutz verbessert sowie der soziale Wohnungsbau ausgeweitet und grundsätzlich neu ausgerichtet werden. Eine sozial gerechte Bodenvergabe und eine neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau sind aus Sicht des Bündnisses ebenfalls notwendig.

Das Bündnis tritt ein für lebenswerte Nachbarschaften ohne Diskriminierung und Ausgrenzung. Ausreichende Grün- und Freiflächen und kulturelle Freiräume sind wichtig, um solche Wohnverhältnisse in den hessischen Städten zu schaffen, beziehungsweise zu erhalten. Im ländlichen Raum muss hingegen stärker darauf geachtet werden, dass es ausreichende Bildungsangebote, soziale Infrastruktur und bezahlbare und bedarfsgerechte Mobilitätsangebote gibt.

Drei Tage vor der Demonstration organisiert das Bündnis eine öffentliche Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „Mietenwahnsinn stoppen – aber wie? Kämpfe und Strategien für ein Recht auf Stadt“. Sie beginnt am Mittwoch, 17. Oktober 2018, um 20 Uhr im Künstlerhaus Mousonturm, Studio 2, Waldschmidtstraße 4, Frankfurt.

Die Liste der Bündnispartner findet sich unter: <http://mietenwahnsinn-hessen.de/das-buendnis/>

Unser komplettes Forderungspapier unter: <http://mietenwahnsinn-hessen.de/forderungen/>

Ansprechpartnerinnen für die Presse:

Conny Petzold

Mieter helfen Mietern Frankfurt e. V.

Telefon: (0 69) 28 35 48

E-Mail: Conny.Petzold@mhm-ffm.de

Annette Wippermann

Der PARITÄTISCHE Hessen

Telefon: (0 69) 955 262 29

E-Mail: annette.wippermann@paritaet-hessen.org

